

# Monopol- kapital und Meinungs- monopol

In den Leitmedien der zunehmend von Monopolen dominierten Marktwirtschaft sind die verbreiteten Meinungen einheitlicher als in der Presselandschaft der ursprünglichen Marktgesellschaft. Dies hat bisher selten berücksichtigte Konsequenzen, was die demokratische Meinungsbildung angeht. Eine Studie zeigt das anhand der Frage, wie die Wirtschaft und deren multinationale Auswirkungen in deutschsprachigen Zeitungen thematisiert werden. **VON MARK GALLIKER**

**U**nter Demokratie wird eine Form des politischen Lebens verstanden, die von der Gleichheit und Freiheit aller Bürger ausgeht und die Beteiligung des Volkes (*démos*) an der Herrschaft (*kratia*) garantiert.

Demokratie bedeutet Volksherrschaft, welche die gleichwertige Meinungsbildung gleichberechtigter Menschen, sozialer Gruppierungen und Parteien beinhaltet. Da in neuerer Zeit die Meinungsbildung durch die Medien geprägt wird, stellt sich die Frage, ob dieselben eine demokratische Meinungsbildung gewährleisten. Dazu zuerst ein Blick in die Mediengeschichte.

## Marktwirtschaft und Entstehung der Printmedien

Jürgen Habermas stellte in seiner 1962 publizierte Habilitationsschrift »Der Strukturwandel der Öffentlichkeit« dar, wie sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts der Nachrichtenverkehr in den Bahnen des damals um sich greifenden Warenverkehrs entwickelte. Mit der Ausdehnung des Handels benötigten die Kaufleute Informationen über räumlich entfernte Vorgänge. Deshalb wurde der kaufmännische Briefverkehr zu einem berufsständischen Korrespondenzsystem ausgebaut. Somit wurden die größeren Marktplätze und

Handelsstädte zu Zentren des Nachrichtenverkehrs. Die gewerbsmäßige Berichterstattung unterlag denselben Gesetzmäßigkeiten des Marktes, denen sie die Entstehung ihres eigenen Daseins verdankte.

Im Schlepptau des zunächst kaufmännischen Nachrichtenverkehrs begann der Aufstieg der Meinungspresse. Dieselbe führte zu einer Politisierung des öffentlichen Lebens. Sie bestand aus den Auseinandersetzungen unter den verschiedenen Meinungsträgern. Mit der sich entwickelnden Legislative konzentrierte sich die Öffentlichkeit auf die Repräsentanten des Volkes, die Kritik der Parlamentsbeschlüsse sowie auf Handlungsweisen der Exekutive.



Jede größere Partei konnte ihre Meinung in einer Tageszeitung zur Geltung bringen. Einige Zeitungen waren Kampfmittel der Parteipolitik sowie der politischen Begehren der Opposition. Die verschiedenen Zeitungen offenbarten ein Spektrum pluralistischer Meinungen und traten in aller Öffentlichkeit in Konkurrenz.

Da jedoch die Werbung zur Finanzierung der Presse eine immer größere Rolle spielte, verloren die Printmedien allmählich ihre Selbstständigkeit. Sie wurden abhängig von parteiübergreifenden, auf die Kapitalvermehrung hin fokussierten Investoren und verloren damit ihren eigenständigen, für die Bürger relevanten

politischen Einfluss. Aufwendige Artikel, in denen Sachverhalte aufgedeckt wurden, traten hinter Agenturnachrichten zurück. Bei der Überfülle der Informationen spielten die meistens schon zuvor in den Agenturen vorgenommene Selektion des Materials und die bekömmliche Präsentation des Produkts eine immer wichtigere Rolle.

Mit der 1875 beginnenden großen Depression ging die liberale Ära zu Ende. Solange die Zeitungen in den Händen des Volkes und deren Parteien, der Arbeiterschaft sowie der Kaufleute und Kleinunternehmer waren, konnte noch von demokratischer Meinungsbildung die Rede sein. Doch

die liberalen Vorstellungen wurden für die Mehrzahl der Menschen abnehmend und nurmehr zunehmend für das gehobene Bürgertum wahrgenommen.

### Konzentration des Zeitungswesens

Noch in den 1960er Jahren gab es auch in kleineren Städten und in ländlichen Zentren jeweils mehrere politisch verschiedenen ausgerichtete Tageszeitungen, die bei wichtigen Sachfragen sowie vor Wahlen und Abstimmungen sich teilweise heftig

bekämpften. Doch da in der Marktwirtschaft schließlich die Stärkeren die Schwächeren dominieren, konzentrierte sich die ökonomische Macht in immer weniger privaten Händen. Die Akkumulation des Kapitals in verschiedenen Wirtschaftszweigen führte schließlich auch zur Konzentration der Printmedienbetriebe.

In Deutschland besitzt ein Dutzend Milliardärsfamilien die Presse. In Frankreich gehören 80 Prozent der Monats-, Wochen- und Tageszeitungen fünf Milliardären. Die Bürger mussten die Meinungsbildung immer mehr Medienproduzenten überlassen, die von demokratischer Kontrolle verschont blieben. Der in den Medien weitgehend verschwiegene Lobbyismus hinsichtlich staatlicher Beschlüsse nahm rapide zu, was zu einseitigen Darstellungen der Wirklichkeit führte.

Der Austausch der Meinungen wird zunehmend ungleichgewichtiger. Der Überzahl an Konsumenten stehen wenige Produzenten gegenüber, die in den für sie wichtigen Fragen die herrschende Meinung des Kapitals verbreiten (zum Beispiel hinsichtlich Corona jene der Pharmaindustrie). Leser und Leserinnen, die sich in den Meinungsbildungsprozess »einmischen« wollen, können Leserbriefe schreiben; doch dieselben erscheinen eher selten, wenn sie nicht zur verbreiteten Einheitsmeinung der Meinungsmonopole passen. Die Leitmedien werden durch selektive Wahrnehmung und Projektion vor allem auch im außenpolitischen Bereich dem Anspruch einer ausgeglichenen und ausgleichenden Berichterstattung nicht mehr gerecht.

Laut der 2022 veröffentlichten Studie »Die vierte Gewalt« von Richard David Precht und Harald Welzer werden wichtige Probleme der gesellschaftlichen Formation in den Leitmedien weitgehend übereinstimmend dargestellt, wobei häufig die Auffassung der Regierung mit dieser Darstellung übereinstimmt. Die Leitmedien schreiben zwar auch über Parteien und stellen zumindest bei eher unwichtigen Fragen die Meinungen derselben auch dar. Doch sie sind selbst nicht Partei, jedenfalls nicht in der alten Bedeutung des Begriffs, sondern haben den parteiübergreifenden Charakter anonymer Sachverhalte kapitalistischer Produktion.

Ermöglichen die modernen sozialen Medien des Internets nicht einen neuen permanenten Austausch auch parteiischer Anliegen und Meinungen unter den Nutzern? Gibt es dadurch nicht wieder eine neue Öffentlichkeit und damit vielfältige

Meinungsbildung als wichtige Voraussetzung von Demokratie?

Habermas führt in seinem 2022 publizierten Buch »Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik« vor allem die Defizite der medialen Information und Kommunikation auf den Plattformen vor Augen. Dabei moniert der Philosoph nicht zuletzt auch die mangelnde Schreibqualität der oft noch jungen Autoren. Allerdings nimmt er bei der sogenannten Qualitätspresse die Monopolbildung nicht mehr wahr und erkennt sie nurmehr bei den nun weltweit wirksamen Plattformmedien. Zu Recht beanstandet er indes die exzessive Kapitalverwertung, insbesondere der persönlichen Daten, welche die Nutzer im Netz hinterlassen und die von den Medienmonopolen verwertet werden, indem sie dieselben zu Werbezwecken verwenden oder anderweitig als Waren veräußern.

### Imperialismus und Expansionspolitik

Das Bestreben einer Großmacht, ihren wirtschaftlichen, politischen und militärischen Einflussbereich beständig auszuweiten, wird Imperialismus genannt. Diese wissenschaftliche Definition, die auch im Fremdwörter-Duden verwendet wird, berücksichtigt den ökonomischen Hintergrund des Imperialismus und reduziert ihn nicht auf die ausschließlich bellizistische Bestrebung eines Staates, seinen Einfluss über die eigenen Landesgrenzen hinaus mit Waffengewalt zu erweitern.

Der Imperialismus wurde bereits im frühen 20. Jahrhundert im Zusammenhang mit der Monopolisierung der Wirtschaft thematisiert. Rudolf Hilferding untersuchte die Entwicklung des Kapitals und publizierte 1910 sein Werk »Das Finanzkapital«. Er zeigte, wie dieses Kapital mit der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital gebildet wurde, sich verselbstständigte und über die Volkswirtschaft hinauswuchs. Rosa Luxemburg wies 1913 darauf hin, dass das Kapital, damit es weitergehend akkumuliert werden kann, den Zugang zu den fremden Märkten und Produktionsmitteln anderer Länder benötigt. Die dominierenden Mächte, Monopole im Verbund mit Staaten, etablierten Tauschverhältnisse, die auf ungleichem Tausch beruhen.

Den Ländern in der südlichen Hemisphäre wurde oft die Rolle des bloßen Lieferanten von Rohstoffen für die

Industrielländer in der nördlichen Hemisphäre zugewiesen, welche als Gegenleistungen oft technische Produkte wie Waffen in ihren zusätzlichen Absatzgebieten verkauften, wobei die Preise der Aus- und Einfuhrprodukte von den maßgebenden Monopolen festgelegt wurden. Bereits 1914 stellte Lenin aufgrund seiner eingehenden Untersuchungen des damals schon reichlich vorliegenden empirischen Materials fest, dass Staaten und Koalitionen derselben, welche zugunsten der Monopole und ihrer Extraprofiten expansiv sind, schließlich weltweit um ihre Einflusssphären kämpfen. Durch die wirtschaftlichen und militärischen Interventionen der imperialen Mächte in anderen Ländern werden immer mehr Menschen in die Flucht getrieben.

Heute verfügen die USA zur Sicherung der weltweiten Wirtschaftsräume ihrer Konzerne über circa 95 Prozent sämtlicher Militärbasen. Am Bundeswehr-Flughafen Büchel in der Eifel, wo US-Kernwaffen gelagert sind, werden die Start- und Landebahnen ausgebaut, damit sie von kernwaffenfähigen F-35 genutzt werden können. Profiteur der Aufrüstung in der EU ist der militärisch-industrielle Komplex, der mit seinem Einschluss des Staates auch innenpolitisch auf bestimmte Bereiche und Institutionen übergreift (unter anderem auf die Medien und auch auf die Hochschulen).

### Medienanalyse

Es stellt sich die Frage, wie der Imperialismus in den Printmedien kapitalistischer Staaten widergespiegelt wird. Mit einer co-occurrence-analytischen, das heißt auf das gemeinsame Auftreten von Suchwörtern pro Maßeinheit ausgerichteten Methode, wurden alle veröffentlichten Beiträge der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) und der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ) in der Zeit vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2023 elektronisch untersucht. Dabei ging es um die Frage, wie häufig Artikel in der FAZ und in der von der politischen Orientierung, vom Umfang sowie von der Auflage her vergleichbaren NZZ vorkommen, in denen Schlüsselwörter wie »Monopol« oder »Imperialismus« mit bestimmten Staaten zusammen thematisiert werden (Russland, USA, BRD).

In der FAZ wurde »Russland« seltener mit »Monopol« in Verbindung gebracht als die »USA« (1392:1657), doch in Bezug auf die negativ konnotierte Bezeichnung »Oligarchie« zeigt sich ein umgekehrtes

Verhältnis (155:58). In der NZZ, in der die Kombination von Russland mit »Monopol« ebenfalls seltener ist als bei den USA (457:271186), erscheint hinsichtlich Russland auch die Relation zum Ausdruck »Oligarchie« weniger häufig (97:130). Ähnlich ist es mit den Begriffen »Kolonialismus« und »Neokolonialismus«. In der FAZ werden sie zusammen mit Russland 327-mal thematisiert und mit den USA nur 286-mal, während in der NZZ ein umgekehrtes Verhältnis nachweisbar ist (74:140).

Russland erscheint in der FAZ viel häufiger zusammen mit dem Begriff »Imperialismus« als die USA (Verhältnis 711:380). In der NZZ ist das Verhältnis Russland zu USA umgekehrt (330:576), wobei dies für die letzten zwei Jahre (Krieg in der Ukraine) nicht mehr der Fall ist (100:69). Insgesamt betrachtet bringt jedoch die NZZ das USA-System häufiger in einen Zusammenhang mit dem Imperialismus als das russische System. Hinsichtlich »Krieg« findet sich in der FAZ zwischen Russland und den USA ein Verhältnis von 48.623:33.024 und in der NZZ umgekehrt ein Verhältnis von 10.990:21.026, wobei sich für die letzten zwei Jahre auch hier die Umkehrung aufhebt und das Verhältnis 3292:2716 lautet. Die BRD wird in der FAZ und in der NZZ sehr selten zusammen mit »Imperialismus« angeführt (40-mal in der FAZ:8-mal in der NZZ) und auch hinsichtlich »Krieg« war dies relativ selten der Fall (667 bzw. 238-mal in den letzten zwei Jahren:109 bzw. 17-mal).

Wie wird die mediale Widerspiegelung des Wirtschaftlichen in den untersuchten Medien selbst betrachtet? Beim negativ bewerteten Ausdruck »Desinformation« resultiert bei der FAZ hinsichtlich Russlands und der USA ein Verhältnis von 1047:609, während in der NZZ das Verhältnis ausgeglichener ist und hinsichtlich der USA (298) mehr Treffer nachweisbar sind als hinsichtlich Russland (218).

In der FAZ wird in erster Linie Russland zusammen mit »Propaganda« thematisiert und nur etwa halb so häufig die USA (6413:2881) und relativ selten die BRD (129-mal). In der NZZ ergibt sich hinsichtlich »Propaganda« ein schwach umgekehrtes Verhältnis von 2009:2884; allerdings nicht für die letzten zwei Jahre (524:369). Bei beiden deutschsprachigen Printmedien wird

die BRD viel seltener zusammen mit Propaganda genannt als Russland und die USA (in der FAZ 129-mal; in der NZZ nur 43-mal).

Das Miteinanderauftreten von Suchwörtern kann methodisch auch in naher Folge untersucht werden (zum Beispiel Abstand höchstens zwei Wörter). Auf diese Weise kann die bewusste Zuschreibung von dem impliziten oder mehr oder weniger unbeabsichtigten gemeinsamen Auftreten der Suchwörter in größeren Untersuchungseinheiten unterschieden werden. Zum Beispiel kommen eigentliche Zuschreibungen mit »Propaganda« in der FAZ hinsichtlich Russlands 73-mal vor und hinsichtlich der USA nur 3-mal, während in der NZZ Russland nur 16-mal explizit mit diesem negativ konnotierten Wort verbunden wird und dies hinsichtlich der USA immerhin 9-mal der Fall ist.

### Schlussbemerkungen

In den zwei letzten Jahren projizierten beide deutschsprachigen Leitmedien Propaganda vor allem auf Russland, was bei der FAZ jedoch signifikant häufiger geschieht als in der NZZ und bei der deutschen Tageszeitung auch relativ oft bewusst erfolgt. Bei der FAZ geschieht dies für den gesamten Untersuchungszeitraum und bei allen anderen Schlüsselwörtern ebenfalls, obgleich in verschiedener Hinsicht (vor allem wirtschaftlich und militärisch) die USA die viel stärkere Macht sind als Russland und in den letzten Jahren weltweit dutzendweise an militärischen Auseinandersetzungen beteiligt waren. In der NZZ der formal neutralen Schweiz erscheinen Imperialismus, Monopol, Oligarchie etc. zwar ebenfalls oft im Kontext von Russland, aber noch häufiger in jenem der USA.

Die FAZ bezieht weder den Imperialismus noch die Propaganda und die Desinformation häufig auf die BRD. Hingegen wird insbesondere von ihr viel Negatives auf Russland projiziert; ein Land, in dem deutsche Soldaten im Zweiten Weltkrieg 28 Millionen russische Menschen umgebracht haben, viele davon hinter der Front. Die von Deutschland schon zweimal angegriffenen Russen haben allenfalls Grund, Angst vor diesem Staat zu haben, und nicht in erster Linie die Bürger der BRD vor dem russischen Staat.

Auf was ist die Differenz zwischen den beiden vergleichbaren deutschsprachigen Tageszeitungen zurückzuführen? Die schweizerischen Medien orientieren sich ebenfalls an den internationalen (US-)Nachrichtenagenturen, und die Repräsentanten dieser Medien (zum Beispiel der NZZ) sind wie die deutschen Medien in transatlantischen Organisationen vertreten (unter anderem in den Bilderberg-Konferenzen). Doch die engmaschigen Netzwerke verbinden personell in erster Linie die Politik der USA mit der machtmäßig weit interessanteren BRD. Beide Printmedien projizieren zwar Machenschaften des Kapitals auf das ebenfalls kapitalistische Russland, doch geschieht dies in der FAZ viel häufiger als in der NZZ.

In den letzten Jahren gibt es in der EU eine rasante Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes, zu dem auch die deutschen Rüstungsfirmen wie Rheinmetall und ThyssenKrupp gehören. In der nicht zur EU gehörigen Schweiz existieren ebenfalls mächtige Konzerne (wie Nestlé), doch spielen sie im Rüstungsbereich eine relativ geringe Rolle. Die Eidgenossenschaft scheint weniger von den USA bestimmt zu sein als die seit dem Zweiten Weltkrieg von den USA abhängige BRD. Der (US-)Investmentfonds BlackRock investiert enorm in der BRD. Er ist an sämtlichen dreißig DAX-Unternehmen signifikant beteiligt. Auch gehört er zu den größten Anteilseignern eines bedeutenden US-Rüstungskonzerns und vertritt große Kapitalinteressen in der Ukraine sowie in der BRD.

Fazit: Der Austausch der Waren in der Marktwirtschaft beruhte auf einer Vielfalt von Kräften, die sich mitunter auch einander entgegengesetzten; doch mit der Zeit setzten sich die stärksten Betriebe durch, und zwar nicht nur im Bereich der Produktion, sondern auch im Medienbereich. Während die klassische Marktwirtschaft der Meinungsvielfalt entsprach, kommt dem Monopolkapitel immer mehr auch das Meinungsmonopol zu. Dies geschieht bei den beiden untersuchten Printmedien in vergleichbarer Weise, doch in quantitativer Hinsicht resultieren einige Differenzen, die auch hinsichtlich zukünftiger außenpolitischer Entscheidungen qualitativ ins Gewicht fallen könnten. ■